

Bezugsgebühren...
Für den Abnehmer...
Für den Abonnenten...

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Hahn Nachf. Inhaber: Hofphotogr.
DRESDEN-A., u. Ferdinandstrasse 11.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Anzeigen-Tarif...
Zeitung...
Werbung...

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Galerie E. Arnold
Schloss-Strasse 34.
:: William Strang (London) ::
Hans v. Volkmann • K. E. Göllner.

Reinste u. mildeste aller Toilette-::
Seifen!
Dresden
Guthmann's
Cosmos
Seife
Hochfein parfümiert. Zu haben in all. einschl. Geschäften.

Keuchhustensaft Contratussim
Flasche 1 Mk. 50 Pfg. und 75 Pfg. Versand nach auswärts.
Echt mit Schutzmarke „Mutter Anna“.
Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nachf.,** Marienstr. 20, 3 Raben.

Für eilige Leser.

Wutmaßliche Bitterung: Mild, veränderlich
Der König ist gestern Abend von seinem Besuche der Stadt Leipzig nach Dresden zurückgekehrt.
Die Erste Kammer überwies gestern die Petition betr. Neu- oder Umbau des Bahnhofs Meissen der Regierung zur Kenntnisnahme.
Die Zweite Kammer überwies die Anträge auf Reform der Ersten Kammer der Gesetzgebungs-Deputation.
Der Reichstag beschäftigte sich gestern mit dem sogenannten Toleranzantrag desentrums und der Abänderung des § 111 der Gewerbeordnung.
Aus Südfrankreich und von der Nordküste Ägiens werden schwere Stürme gemeldet.
Das Befinden der Zarin gibt zu den ernstesten Besorgnissen Anlass.
Der Gegensatz zwischen Marine und Landarmee in Griechenland verschärft sich stetig. Man rechnet mit ernstlichen Ereignissen in Athen.

Reichskanzler, Landwirtschaft und bundesstaatliches Prinzip.

In derselben Stelle, wo sein Vorgänger Fürst Bismarck den gefälltesten Ausdruck gegeben hat: „Ich wünsche, daß man mir auf meinen Leichenstein die Inschrift setzt: „Hier liegt ein agrarischer Reichskanzler“, hat nunmehr auch Herr von Bethmann-Hollweg den deutschen Landwirten Gruß und Handschlag entboren und sie in herzlichen, aus der Tiefe einer starken Ueberzeugung geschöpften Worten seiner besonderen Berücksichtigung versichert. Vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat, der in seiner Mitte die ersten landwirtschaftlichen Autoritäten vereint und deshalb in hervorragenem Maße die Aufmerksamkeit der leitenden Kreise bei ihnen auf die Förderung einer gedeihlichen Agrarpolitik abzielenden Maßnahmen findet, hielt der neue Kanzler auf dem der Sitte gemäß im Hotel Adlon in Berlin veranstalteten Festbankett eine sehr beifällig aufgenommene Rede. Dabei gedachte Herr von Bethmann-Hollweg einleitend auch der Verdienste des Fürsten Bismarck um die deutsche Landwirtschaft, die ihm, wie er sagte, nie vergessen werden könnten, und entsprach damit einer bei den Versammelten vorherrschenden allgemeinen Stimmung, die bereits der Vorredner, Graf von Schwerin-Löwlich, zum Ausdruck gebracht hatte. Im Anschluß hieran wies der Redner darauf hin, daß er für die von Fürsten eingeleitete und vom Fürsten Bismarck fortgesetzte Wirtschaftspolitik schon in seinen früheren Aemtern öffentlich genugsam eingetreten sei, um eine ausdrückliche Versicherung des Festhaltens an dieser Politik überflüssig erscheinen zu lassen. Wenn der Kanzler weiter hervorhob, daß die von der Regierung befolgten wirtschaftspolitischen Grundzüge nicht bloß den Interessen der Landwirtschaft, sondern auch denen der Industrie, des Handels und Gewerbes dienen, so wird er mit dieser Feststellung die Zustimmung aller einseitigen Vertreter der schaffenden Arbeit finden. Gerade in der Erkenntnis der Gemeinsamkeit, welche die großen Hauptfaktoren des nationalen Erwerbslebens verbindet, wurzelt die beste Kraft unserer gesamten wirtschaftlichen Betätigung, die von einer Befehdung der maßgebenden Gruppen untereinander nur den schwersten Schaden erleiden würde. Zum Glück für unsere erprobte nationale Fortentwicklung und zum augenfälligen Vorteil für die Erhaltung unserer Stellung auf dem Weltmarkt darf die Periode scharfer Gegenseitigkeit zwischen Industrie, Landwirtschaft und Handel heute als überwunden gelten. Auch im Lager der Industrie und des Handels herrscht jetzt die Ueberzeugung vor, daß die Landwirtschaft keineswegs ungebührlich bevorzugt wird, sondern daß Herr von Miquel durchaus im Rechte war und den Nagel auf den Kopf traf, wenn er seinerzeit die Lage dahin kennzeichnete, daß in den ersten zwei Jahrzehnten die wirtschaftspolitische Entwicklung sich ausschließlich zu industriellen Gunsten vollzogen habe, und daß daher nunmehr die Landwirtschaft bei der Berücksichtigung ihrer begründeten Forderungen in erster Linie in Betracht kommen müsse. Es handelte sich also bei der schützamerikanischen Ausgestaltung unserer Wirtschaftspolitik nicht um eine einseitige agrarische Interessenspolitik, wie das früher von freihändlerischer Seite mit großer Leidenschaft behauptet wurde und noch

heute, wenn auch in ziemlich abgeschwächten Tönen, behauptet wird, sondern lediglich um einen gerechten Ausgleich zwischen den Wünschen und Bedürfnissen aller führenden Erwerbsgruppen, unter denen die Landwirtschaft bisher zu kurz gekommen war und deshalb mit einem entsprechenden Mehr an Schutzmaßregeln bedacht werden mußte. Den verlässigen Abdruck dieser wirtschaftlichen Ansaatspolitik brachte das Jahr 1902 mit der Verabschiedung des neuen Zolltarifs, auf dem die neuen Handelsverträge aufgebaut wurden. Inzwischen hat sich die Wichtigkeit unserer so ausschlaggebenden wirtschaftspolitischen Grundzüge in der Praxis in sojehem Maße erwiesen, daß die freihändlerischen Ueberreste, die sich zuerst in sehr aufdringlicher Weise vernehmbar machten, fast ganz verstummen mußten und sich heute nur noch vereinzelt hervorzugehen. Die härteste Probe auf die Leistungsfähigkeit des schützamerikanischen Systems hat Deutschland, wie der Reichskanzler in Uebereinstimmung mit den versammelten Landwirten hervorhob, dadurch bestanden, daß es die letzte große Wirtschaftskrisis ohne wirklich gefährliche Erschütterungen überwunden hat und noch fortgesetzt überwindet. Es kann daher auch anaclitisch der gesamten wirtschaftlichen Weltlage, die in allen führenden Handelsstaaten eine immer noch steigende Neigung zur Verhärtung der schützamerikanischen Abiperruna erkennen läßt, von keinem verantwortlichen deutschen Staatsmanne und keinem vernünftigen nationalen Politiker ernkhaft die Mäßigkeit einer Abkehr von den bisherigen Richtlinien unserer Wirtschaftspolitik auf absehbare Zeit in Erwägung gezogen werden. Die Entwicklung drängt vielmehr mit Macht dahin, daß im Rahmen eines zielbewussten Schutzes der nationalen Arbeit Industrie, Handel und Landwirtschaft sich mehr und mehr auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Interessen zusammenfinden und, anstatt sich untereinander das Leben sauer zu machen, dem Auslande gegenüber als einheitlich geschlossene Macht auf den Plan treten, um so die Stohkraft unserer nationalen Wirtschaftspolitik auf dem Weltmarkt auf das Äußerste zu verstärken. Eine solche zielbewusste Pflege der gemeinschaftlichen Beziehungen wird auch auf industrieller Seite mehr und mehr die Einsicht fördern, daß selbst die höchentwickelte Exportindustrie niemals ganz des inländischen Marktes entraten kann, und daß ein durch eine kaufkräftige Landwirtschaft gut funktionsfähiger Inlandmarkt in um so höherem Grade das eigentliche Rückgrat der nationalen Wirtschaftspolitik bilden muß, je schwieriger sich die Verhältnisse auf dem Weltmarkt unter der Einwirkung der allgemeinen schützamerikanischen Bewegung gestalten.

Im zweiten Teile seiner Rede verührte der Reichskanzler die Angriffe, die wegen seiner Wahlrechtsrede im preussischen Abgeordnetenhaus von süddeutscher Seite gegen ihn gerichtet worden sind. Herr von Bethmann-Hollweg hatte sich am Schlusse der gedachten Rede gegen die Vorstellung gewandt, daß die konstitutionelle Entwicklung der verschiedenen Einzelstaaten gleichmäßige Bahnen einschlagen müsse, und gleichzeitig unter voller Anerkennung der Berechtigung der süddeutschen Einzelstaaten den besonderen Charakter des Preuentums mit Wärme verteidigt. Wer die Ausführungen des Reichskanzlers unbesonnen würdigt, kann unmöglich etwas anderes herauslesen, als das Bekenntnis einer aufrichtigen bundesstaatlichen Gesinnung. Gleichwohl haben sich in Süddeutschland Mißverständnisse herausgebildet, die namentlich in der bayrischen Zentrumspresse in der bei ihr üblichen ungeschminkten Form unliebsame Erörterungen veranlassen, aber auch weiterhin ihre Einwirkung geltend machen. So brachte ein Münchener liberales Blatt eine Betrachtung über die Worte des Reichskanzlers, worin gesagt wurde, es bliebe alles in allem genommen der fatale Eindruck bestehen, daß der künftigen Amtsführung des Reichskanzlers im deutschen Süden mit den ärksten Sorgen entgegenzusehen werde. Wie schwer diese in Süddeutschland eingetretene Verzögerung in Berlin empfunden wurde, geht daraus hervor, daß alsbald in der direkt von der Wilhelmstraße aus bedienten „Südd. Reichskorr.“ eine Erläuterung der wahren Meinung des Kanzlers erschien, die in der rüchaltlosen Anerkennung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches gipfelte; auch habe der Reichskanzler über Süddeutschland in Wendungen gesprochen, die das Gegenteil partikularistischer Engbergzigkeit seien. Neben dieser offiziellen Berliner Kundgebung hat auch ein amtliches süddeutsches Blatt, die „Karlsruh. Ztg.“, zur Sache das Wort ergriffen, um die volle Zustimmung der leitenden badischen Stellen zu der Berliner Äußerung zu bezeugen

und die Hoffnung auszudrücken, daß sie dazu beitragen werde, eine gerechtere Würdigung der Ausführungen des Reichskanzlers zu bewirken, wenigstens dort, wo das entscheidende Gewicht auf einigende und nicht auf trennende Momente in den Beziehungen zu dem führenden Bundesstaate gelegt werde. Auf diese Verhältnisse wies Herr von Bethmann-Hollweg an, indem er sich nachdrücklich vor den auch aus Süddeutschland herbeigeeilten Vertretern des Deutschen Landwirtschaftsrates gegen den Vorwurf verwahrte, daß er ein preussischer Partikularist sei, der inbedeutendes Wesen mischaie. Der oberste verantwortliche Beamte des Reiches appellierte an das von Heimatsgefühl getragene Verständnis der deutschen Landwirte, wenn er neben der Einzelstaaten Bayerns, Schwabens und Sachsens auch die preussische als berechtigt hingestellt habe, und erklärte, er wüßte nicht, wie er deutscher denken könnte, als wenn er, wie in seiner Wahlrechtsrede, Preußens Beruf darin erblicke, sich selbst stark zu erhalten, um seine Stärke in den Dienst des Reiches zu stellen.

Daß der Reichskanzler in den von süddeutscher Seite beanstandeten Tönen seiner Wahlrechtsrede die beste Abficht gehabt hat, das bundesstaatliche Prinzip kräftig zu vertreten und auch den leichten Anschein zu vermeiden, als trüge er gegen Süddeutschland irgendeine Unfreundlichkeit oder Minderachtung im Herzen, steht für jeden Unvoreingenommenen außer allem Zweifel. Für die praktische Politik kommt aber nicht sowohl das, was ein Redner, und zumal in amtlicher Eigenschaft, sagen wollte, sondern das, was er wirklich gesagt hat, und die Wirkung, die seine Worte ausüben, in Betracht, und mit Rücksicht hierauf, wäre es vielleicht vorsichtiger und politisch klüger gewesen, wenn Herr von Bethmann-Hollweg lieber darauf verzichtet hätte, den Gegensatz zwischen Nord und Süd in seiner Rede im preussischen Abgeordnetenhaus überhaupt zu erwähnen. Das erinnert doch unwillkürlich an die ehemalige „Mainlinie“, die Nord- und Süddeutschland in zwei verschiedene Lager trennte, und die Auflösung derartiger Gedanken und Vorstellungen von Seiten des leitenden Staatsmannes im Reich müßte um so sorgfältiger vermieden werden, weil gerade jetzt durch den Verfassungstreit um die Schiffahrtsabgaben in verschiedenen Bundesstaaten die Stimmung gegenüber Preußen einen gewissen Niederschlag von Verbitterung erhalten hat. Das Beispiel lehrt, wieviel von der peinlich genauen Abwägung des gesprochenen Wortes an so hoher verantwortlicher Stelle abhängt. Herr von Bethmann-Hollweg wird sich unbeschadet seines sonstigen Standpunktes, sich von allen Hagelstauern der auf ihn niederfallenden Kritik nicht irremachen zu lassen, der Einsicht nicht verschließen dürfen, daß die bundesstaatlichen Bestimmungen auf keinen Fall eine weitere Verschärfung erfahren dürfen, sondern daß er seine ganze Kraft darauf richten muß, auf diesem Gebiet alles wieder ins rechte Gleis zu bringen, damit nicht das Reichsinteresse an seinem empfindlichsten Punkte geschädigt wird. Das bundesstaatliche Prinzip ist und bleibt nun einmal die Grundlage unserer gesamten verfassungsmäßigen Einrichtungen, und je nachdrücklicher es von Berlin aus in allen seinen Konsequenzen gefaßt und vertreten wird, desto freundlicher werden auch alle deutschen Patrioten der vom Reichskanzler an sie gerichteten Mahnung entsprechen, über der Liebe zur engeren Heimat niemals die Pflichten gegen die Allgemeinheit und das große Vaterland zu vergessen.

Neueste Drahtmeldungen

vom 17. Februar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Abg. Fürst zu Löwenstein begründet den sog. Toleranzantrag desentrums. Das Zentrum sehe in der vorliegenden Resolution den Boden, auf dem sich alle Parteien im Interesse religiöser Gleichberechtigung zusammenfinden könnten. Der dem Zentrum gemachte Vorwurf, es wolle mit seinem Antrage doch nur die Interessen der katholischen Kirche fördern, sei haltlos. Er wolle nicht viel Staub aufwirbeln, aber einiges müsse er doch auspacken. In Sachen sehe der Regierung ein unerträgliches Aufsichtrecht gegenüber Katholiken zu. Er räume ein, daß es milde aequibari werden, aber darin könne es mit jedem Befehl der Regierung anders werden. Selbst die Pflege von verwahrlöhen Kindern könne katholischen Schwestern unterlagt werden. Wenn Goethe das heute sähe, würde er ausrufen: Mehr Licht! (Beifall im Zentrum. Weiterfahrt)